

## 12 FRAGEN ZUR WAHL

FBB  
FREIE BÜRGER FÜR BADEN-BADEN**Cornelia Mangelsdorf**

Bürgerinnen und Bürger zuerst, könnte das Konzept heißen! Keine neuen Gewerbeansiedlungen in der Innenstadt. 50-Prozent-Quote für bezahlbaren Wohnraum bei Neubauvorhaben, aber auch beim Vincenti- und SWR-Areal sowie Ludwig-Wilhelm-Stift, ferner im Bereich Arvato, Aumattstraße, Gerstenmaier und altem Zollamt.

CDU

**Alfons Seiterle**

Junge Familien sollten in Baden-Baden bevorzugt und verbilligt an Baugrundstücke beziehungsweise freie städtische Flächen gelangen. Die GSE muss weiteren bezahlbaren Wohnraum schaffen, damit Baden-Baden eine attraktive Stadt für junge Familien und Arbeitnehmer bleibt. Der Einfluss von Privatinvestoren sollte durch entsprechende Bebauungspläne geregelt werden. Dafür werde ich mich weiterhin einsetzen.

FreieWähler

**Nadine Schenkel-Jülg**

Der größte Teil der Wohnungen ist in privater Hand. Es ist nicht lange her, da wurden Wohnungen und Häuser zu horrenden Preisen verkauft, die Mietpreisentwicklung war vorauszusehen. Die Stadt kann nur entgegensteuern, indem sie Baugrundstücke an die stadteigene Wohnbaugesellschaft GSE übergibt und diese Wohnbau zu günstigen Preisen erstellt. Dass das im Moment nicht leicht ist, sehen wir an den Angebotspreisen in der Baubranche, es ist aber die einzige Möglichkeit. Wohnungsbeschlagnahme und Zwangsvermietung oder gar Enteignung wären kontraproduktiv.

Freie Demokraten  
FDP**Rolf Pilarski**

Wohnraum für Durchschnittsverdiener in der Innenstadt anzubieten, ist nicht realistisch, Angebot und Nachfrage bestimmen nun einmal den Preis. Enteignungen oder Vorschriften zur Nutzung des Eigentums lehnen wir ebenso ab wie eine weitere Nachverdichtung. Die Stadt sollte vielmehr weitere Baugebiete in den Ortsteilen schaffen, wodurch sich das Angebot in einem günstigeren Preissegment ausweiten würde. Zudem müssen die Vorschriften und Regeln zum Bauen dringend entrümpelt werden, denn die Preise werden auch stark durch staatliche Gängelung getrieben.

### FRAGE 7 MIETEN UND IMMOBILIENPREISE SIND HOCH, LUXUSWOHNUNGEN STEHEN LEER ODER WERDEN ALS FERIEWOHNUNGEN GENUTZT: WAS MUSS GESCHEHEN, DAMIT DURCHSCHNITTVERDIENER KÜNFTIG IN BADEN-BADEN WIEDER WOHNRAUM FINDEN?

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**Ute Förderer-Hees**

Wir Grüne haben hierzu viele Anträge im Gemeinderat gestellt, die Abhilfe schaffen könnten: Zweckentfremdungssatzung, Grundsteuer C, Bauen in Erbpacht, Baulückenkataster. Wir sprechen uns weiterhin für eine verstärkte Kooperation mit den Wohnbaugenossenschaften aus. Fehlerhafte Entscheidungen, wie die Bebauung des Vincentigeländes durch einen privaten Bauträger, dürfen nicht mehr die Mehrheit im Gemeinderat finden. Die Stadt muss konsequent Bauland kaufen und es unter ökologischen und sozialen Aspekten bebauen und kostengünstig vermieten.

DIE LINKE.

**Michaela Zeyer**

Es müssen mehr Wohnungen mit Sozialanbindung gebaut werden.

Alternative  
in  
Deutschland**Alexander Arpaschi**

Die Mietpreise können nur erschwinglich bleiben, wenn das Angebot steigt und die Baukosten sinken. Der Stadt fehlt hier ein integriertes, sinnvolles Gesamtkonzept, was Neubau, Nachverdichtung, Baulandausweisung und kommunale Bautätigkeit angeht.

SPD

**Kurt Hochstuhl**

Die Verfügbarkeit von Wohnraum für Durchschnittsverdiener wird zur zentralen sozialen Frage in den kommenden Jahren werden uns sich als gewichtiger Standortfaktor erweisen. Vorschläge sind gemacht von unserer Seite: Wohnungsbau in der Schussbachstraße und im Eberts-Gelände. Die GSE muss darüber hinaus mehr als bisher in den Geschosswohnungsbau investieren. Das Wohnbauflächenmanagement der Stadt muss konsequent weitergeführt werden. Innerstädtische Verdichtung darf dort, wo es Sinn macht, kein Tabu bleiben.

Am 26. Mai wird der neue Gemeinderat gewählt. Mit dieser zwölfteiligen Serie wollen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, in den kommenden Wochen ein Kompass für Ihre Entscheidung bei der Kommunalwahl sein. Wir wollen im Vorfeld wissen, wofür die Parteien und Gruppierungen stehen, die sich für die 40 Sitze bewerben. Die BT-Redaktion hat deshalb zwölf Fragen zu wichtigen Themen der Stadtpolitik gestellt und die Parteien/Gruppierungen darum gebeten, einen Bewerber aus ihren Reihen jeweils eine kurze, aussagekräftige Antwort auf jeweils eine Frage geben zu lassen. Antworten, die zu lang und ausschweifend ausfielen, haben wir sinnerhaltend gekürzt. Heute veröffentlichen wir den siebten Teil der Serie.